



Staat zahlt Mieten-Explosion mit: 2 Milliarden Euro "zu viel Miete"



Der Staat zahlt die Mieten-Explosion kräftig mit: Für die Steuerzahlenden bedeuten die in den letzten Jahren stark gestiegenen Mietpreise eine milliardenschwere Mehrbelastung. Verantwortlich hierfür sind Mieten für Wohnungen von Hartz-IV-Haushalten, die der Staat übernimmt. Darauf hat die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hingewiesen. "Insgesamt kostet die drastische Steigerung der Mieten bei den Wohnungen von Hartz-IV-Empfängern knapp 2 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr. Das ist das Geld, das Bund und Kommunen über die Job-Center für die Kosten der Unterkunft mehr ausgeben müssen, weil die Mieten in den letzten sechs Jahren um rund 30 Prozent rasant nach oben gegangen sind", sagt Robert Feiger. Der IG BAU-Bundesvorsitzende beruft sich dabei auf neueste Berechnungen, die das Pestel-Institut (Hannover) im Auftrag der IG BAU gemacht hat.

Bei den Kosten der Unterkunft, die der Staat übernehme, handele es sich um Mieten für Wohnungen mit einfachem Standard. Die Kaltmiete sei hier im Bundesdurchschnitt von 5,43 Euro pro Quadratmeter (im Januar 2015) auf 7,05 Euro (im März 2021) enorm angestiegen – ein Plus von 29,7 Prozent. Zum Vergleich: Die Verbraucherpreise haben im gleichen Zeitraum deutlich weniger zugelegt – nämlich um 9,1 Prozent, so das Pestel-Institut. "Selbst für einfache Wohnungen sind die Mieten in den vergangenen sechs Jahren also mehr als drei Mal so stark gestiegen wie die Verbraucherpreise", sagt IG BAU-Chef Robert Feiger.

Hätten die Mieten mit den Verbraucherpreisen Schritt gehalten, könnte der Staat heute enorme Summen sparen: "Im Prinzip gibt er Monat für Monat über 164,4 Millionen Euro 'zu viel' für Mieten aus. Das sind im Jahr über 1,97 Milliarden Euro, die letztlich vom Steuerzahler kommen und bei den Vermietern landen, die kräftig an der Mietpreisspirale gedreht haben", so der Bundesvorsitzende der IG BAU.



Die Brisanz dieser Zahlen: Bund und Länder haben zusammen in den zurückliegenden Jahren den gesamten sozialen Wohnungsbau gerade einmal mit 2,2 Milliarden Euro pro Jahr gefördert, so die IG BAU. "Das hat viel mit einer 'wohnungsbaupolitischen Mogelpackung' zu tun, die Bund und Länder da aufmachen. Sie unterstützen lieber Vermieter, die ihre Mieten immer weiter nach oben geschraubt haben, anstatt das Übel an der Wurzel zu packen: Der Staat investiert nur effektiv, wenn er Geld in die Wohnungsbauförderung steckt. Aber garantiert nicht, wenn er immer größere Summen für immer höhere Mieten auf die Konten von Vermietern überweist", macht IG BAU-Chef Robert Feiger deutlich.

Robert Feiger wirft insbesondere Bund und Ländern Versäumnisse in der Wohnungsbaupolitik vor: "Wenn der Staat durch eine effektivere Wohnungsbaupolitik für mehr Neubau vor allem von bezahlbaren Wohnungen und von Sozialmietwohnungen gesorgt hätte, dann würde es auch mehr preisgünstige Wohnungen auf dem Markt geben. Hierdurch hätte der Staat dazu beitragen können, den Anstieg der Mieten auf dem Niveau der Entwicklung der Verbraucherpreise zu halten."

Ab Herbst sei es die vordringlichste Aufgabe der neuen Bundesregierung, eine Offensive für den bezahlbaren und sozialen Wohnungsbau zu starten. Dabei müsse es auch die Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit geben, um öffentliche und gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmen stärker zu fördern, so Feiger.

Berlin-Zahlen

Allein in Berlin sind die Mieten der Wohnungen für Hartz-IV-Haushalte von 6,04 Euro auf 7,44 Euro (von Januar 2015 bis März 2021) nach oben gegangen – eine Steigerung von 23,3 Prozent.

Hätten diese Mieten in Berlin mit den Verbraucherpreisen Schritt gehalten, dann könnte der Staat in Berlin über 10,9 Millionen Euro pro Monat bei den Kosten der Unterkunft sparen – rund 131 Millionen Euro im Jahr.

Lokalkompass.de

Politik ist alarmiert von „Querdenker“-Protest

Bei den jüngsten Corona-Protesten in Berlin eskalierte die Gewalt. Politiker sind beunruhigt und fordern eine intensivere Beobachtung der Szene.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Eigentlich waren die Proteste gerichtlich verboten, doch sie kamen trotzdem: Rund 5000 „Querdenker“ und Corona-Verharmloser hielten am Wochenende in mehreren Berliner Bezirken die Polizei stundenlang in Atem. Viele ohne Masken und Abstand. Vor allem aber gab es Auseinandersetzungen mit Einsatzkräften, Absperrungen wurden durchbrochen, Journalisten angegriffen. Die Sicherheitskräfte zählten rund 600 vorläufige Festnahmen. Die Polizei leitete mindestens 503 Ermittlungen gegen Teilnehmer ein: in 59 Fällen wegen Widerstands, in 43 Fällen wegen tätlichen Angriffs gegen Beamte, teilte die Polizei mit. Erste Stimmen fordern, die Beobachtung durch den

Verfassungsschutz zu verschärfen. Friedliche Demonstrationen seien auch in einer Pandemie möglich, betonte die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer. Aber mit großer Besorgnis habe die Bundesregierung „Zwischenfälle und Ausschreitungen“ während der Proteste wahrgenommen. Gewalt und der Missbrauch des Demonstrationsrechts seien „nicht akzeptabel“. Ebenso könne man nicht hinnehmen, dass von einigen Protestlern „willkürlich“ Menschen attackiert worden seien. Wie etwa der Berliner Landesgeschäftsführer der Journalistengewerkschaft DJU, Jörg Reichel, der vom Fahrrad gezerrt und geschlagen wurde.

Gleichwohl kamen weitaus weniger Demonstranten als zunächst befürchtet nach Berlin. Kein Ver-

gleich zu den Aufmärschen des vergangenen Jahres, von denen einer Ende August 2020 im Sturm auf die Reichstagsstreppe mündete. Dennoch wirkten die Beamten vielfach überfordert. Die Lage sei für die Polizei eine große Herausforderung gewesen, sagte der stellvertre-

tende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jörg Radek. Die gerichtlichen Demonstrationsverbote – insgesamt 17 – seien ignoriert worden. Die Demonstranten hätten eine Kleingruppen-Taktik angewendet, was in einer so großen Stadt kaum beherrschbar sei. Alles in allem, so

Radek, „hat die polizeiliche Strategie jedoch gegriffen, was auch die hohe Zahl an Festnahmen belegt“.

Unions-Fraktionsvize Thorsten Frei verteidigte das Vorgehen der Polizei. Die Initiatoren der „Querdenker“ hätten die Teilnehmer geschickt mit Messenger-Diensten koordiniert, weshalb immer wieder neue Ansammlungen zusammengekommen seien. „Folglich war die Strategie, die Menschenmengen immer wieder schnell zu zerstreuen und so die Teilnehmer zu frustrieren, richtig. Ebenso, dass eine gewisse Stärke demonstriert wurde.“

Laut SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese schrumpft die Bewegung, „aber der Rest radikalisiert sich offenbar immer mehr. Die Nähe zu Reichsbürgern und rechten Kreisen ist auch diesmal wieder unverkennbar

gewesen“. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz müsse „möglichst intensiviert werden. Wenn konkrete Ergebnisse der Beobachtung vorliegen, muss dann auch ein Verbot geprüft werden“. Die Grüne Irene Mihalic erklärte ebenfalls, die Vernetzung mit rechtsextremen und antisemitischen Akteuren müsse „noch intensiver als derzeit untersucht werden, gerade mit Blick auf konkrete Staatswohlgefährdung und Umsturzpläne“.

Nach Ansicht des Konfliktforschers der Universität Bielefeld, Andreas Zick, ist die Hochzeit der „Querdenker“ vorbei. Studien zeigten eine Zersplitterung der Bewegung. Es sei unterschätzt worden, wie schnell Verschwörungsmethoden bis hin zum Antisemitismus geteilt würden, so Zick. (mit dpa)



Gegner der Corona-Maßnahmen protestierten am Sonntag in Berlin. FOTO: EPO

RP Mantel